

Antrag (Fraktion Die PARTEI.DIE LINKE)

Zunehmende Gefährdung von Politiker*innen aller Ebenen und Akteuren der Zivilgesellschaft endlich ernst nehmen

3. Stadtvertretung vom 28.10.2019; TOP 39; DS: 00134/2019

https://bis.schwerin.de/vo0050.asp?_kvonr=7048

Die Stadtvertretung hat Folgendes beschlossen:

Die Stadtvertretung verurteilt die zunehmende Verrohung der Sitten in der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung und die daraus resultierenden Folgen auf das Schärfste. Insbesondere Gewalt darf kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Die aktuelle Situation erfordert ein klares Signal der Solidarität. Die Stadtvertretung fordert daher den Deutschen Bundestag auf, durch eine Änderung des Bundesmeldegesetzes einen kleinen, aber konkreten Beitrag zum besseren Schutz politisch und zivilgesellschaftlich engagierter Personen zu leisten.

Hierzu wird mitgeteilt:

Der Bundestagspräsident wurde mit Anschreiben vom 7. Januar 2020 über den Beschluss der Stadtvertretung informiert. Das Anschreiben der Landeshauptstadt Schwerin und die Antwort des Deutschen Bundestages vom 22. Januar 2020 werden in **Anlage 6** beigefügt.

Der Beschluss ist somit umgesetzt.

Anlage 6



Landeshauptstadt Schwerin•Der Oberbürgermeister•02•PF 11 10 42•19010 Schwerin

Der Oberbürgermeister

Präsident des Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Wolfgang Schäuble
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Hausanschrift: Am Packhof 2-6•19053 Schwerin
Zimmer: 6.028, Aufzug C
Telefon: 0385 545-1011
Fax: 0385 545-1019
E-Mail: mhelms@schwerin.de

Ihre Nachricht vom/Ihr Zeichen	Unsere Nachricht vom/Unser Zeichen	Ansprechpartner/in Herr Helms	Datum 07.01.2020
--------------------------------	------------------------------------	----------------------------------	---------------------

**Beschluss der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin vom 28.10.2019
„Zunehmende Gefährdung von Politiker*innen aller Ebenen und Akteuren der
Zivilgesellschaft endlich ernst nehmen“**

Sehr geehrter Herr Dr. Schäuble,

die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin hat in ihrer Sitzung am 28. Oktober 2019 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Stadtvertretung verurteilt die zunehmende Verrohung der Sitten in der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung und die daraus resultierenden Folgen auf das Schärfste. Insbesondere Gewalt darf kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Die aktuelle Situation erfordert ein klares Signal der Solidarität. Die Stadtvertretung fordert daher den Deutschen Bundestag auf, durch eine Änderung des Bundesmeldegesetzes einen kleinen, aber konkreten Beitrag zum besseren Schutz politisch und zivilgesellschaftlich engagierter Personen zu leisten.“

Wie aus der Antragsbegründung der Fraktion Die PARTEI.DIE LINKE. in der Schweriner Stadtvertretung hervorgeht ist die Gefahr, die engagierten Politiker*innen und Akteuren der Zivilgesellschaft heutzutage droht, nicht mehr nur abstrakt. Dies zeigen der rechtsextremistisch motivierte Mord am Kasseler Regierungsdirektor Walther Lübke und die von Gegnern der Demokratie mit dem klaren Ziel der Liquidierung politisch Andersdenkender in Mecklenburg-Vorpommern angelegten Feindeslisten sehr deutlich.

Daher steht der Staat in der Pflicht zu handeln, diejenigen, die sich tagtäglich für den Schutz der Demokratie engagieren, besser zu schützen. Ein erster kleiner Schritt in diese Richtung könnte im Erschweren des Auskunftschaftens der persönlichen Lebensumstände bestehen.

Dazu müsste das Bundesmeldegesetz geändert werden. Bislang ist die Eintragung einer Auskunftssperre nach § 51 Absatz 1 BMG nur möglich, wenn die Betroffenen den Nachweis erbringen, dass konkrete Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass ihnen oder

Bitte beachten Sie unsere neue Rechnungsanschrift!

Rechnungsanschrift:
Zentraler Rechnungseingang
der Landeshauptstadt Schwerin
Fachdienst <Bezeichnung>
Postfach 11 10 42
19010 Schwerin

E-Mail:
rechnungseingang@schwerin.de

Hausanschrift:
Landeshauptstadt Schwerin
Der Oberbürgermeister
Am Packhof 2 - 6
19053 Schwerin
Zentraler Behördenruf: +49 385 115
Zentraler Telefonservice: +49 385 545-0
Internet: www.schwerin.de
E-Mail: info@schwerin.de

Öffnungszeiten:
Mo. 08:00 – 16:00 Uhr
Di. 08:00 – 18:00 Uhr
Do. 08:00 – 18:00 Uhr

Samstags-Öffnungszeiten
des BürgerBüros unter
www.schwerin.de

Bankverbindungen:		
Sparkasse Mecklenburg-Schwerin	BIC NOLADE21LWL	IBAN DE73 1405 2000 0370 0199 97
Deutsche Bank AG	BIC DEUTDE33HAN	IBAN DE62 1307 0000 0309 6500 00
VR-Bank e.G. Schwerin	BIC GENODEF1SN1	IBAN DE72 1409 1464 0000 0288 00
HypoVereinsbank	BIC HYVEDE33HAN	IBAN DE22 2003 0000 0019 0453 85
Commerzbank	BIC COBADE33HAN	IBAN DE53 1404 0000 0202 7845 00

einer anderen Person durch eine Melderegisterauskunft eine Gefahr für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit oder andere schützenswerte Interessen erwachsen kann.

Die Intension des Beschlusses ist daher, die Eintragung einer Auskunftssperre für die betreffende Personengruppe zu ermöglichen, ohne dass konkrete Tatsachen für entsprechende Gefährdung nachzuweisen sind.

Ich bitte Sie um eine entsprechende Information an die Bundestagsfraktionen über den Beschluss der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Rico Badenschier



Deutscher Bundestag
Ausschuss für Inneres und Heimat
Die Vorsitzende

Landeshauptstadt Schwerin
Der Oberbürgermeister
Herrn Dr. Rico Badenschier
PF 11 10 42
19010 Schwerin



zu Mitteilungen OR
mm
22.01.20

Berlin, 16. Januar 2020
Anlagen: -

Andrea Lindholz, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-32858 (Vz)
Fax: +49 30 227-36994 o. 76875
innenausschuss@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10557 Berlin

Sehr geehrter Herr Dr. Badenschier,

für Ihr Schreiben vom 7. Januar 2020, das Sie an den Präsidenten des Deutschen Bundestages gerichtet haben, das an den Ausschuss für Inneres und Heimat weitergeleitet worden ist und in dem Sie den Beschluss der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin vom 28.10.2019 „Zunehmende Gefährdung von Politiker*innen aller Ebenen und Akteuren der Zivilgesellschaft endlich ernst nehmen“ mitteilen, danke ich Ihnen.

Ich habe Ihre Schreiben den Mitgliedern des Ausschuss für Inneres und Heimat zugleitet, damit der Beschluss und Ihre Ausführungen bei den Beratungen als Material dienen können.

Mit freundlichen Grüßen

Andrea Lindholz, MdB